



Die VVN-BdA ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Verfolgten des Naziregimes, Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern, Antifaschistinnen und Antifaschisten aller Generationen. Dem Verein wurde vom Finanzamt Berlin die Gemeinnützigkeit aberkannt. Die Linksfraktion im Bundestag hat vor dem Bundesfinanzministerium gegen diese Entscheidung protestiert. Mehr dazu lesen Sie auf den Seiten 4 und 7.

Ich sag mal ...



© BA LICHTENBERG

Jedes dritte Kind in Lichtenberg lebt in Familien, deren Eltern Transferleistungen beziehen. In einigen Ortsteilen sind die Zahlen höher und sie steigen. Kinderarmut betrifft in Lichtenberg 12.000 Kinder! Ja, wir brauchen eine Kindergrundsicherung auf Bundesebene. Jedes Kind hat das Recht, in sicheren Verhältnissen aufzuwachsen, sich entwickeln zu können und eine Zukunftsperspektive zu haben.

Und deshalb sind wir in Lichtenberg auch gefragt, als kinder- und familienfreundlicher Bezirk aufgefordert, neben den dringend notwendigen Entscheidungen auf der Bundesebene eben auch eine kommunale Strategie zur Bewältigung von Kinderarmut zu entwickeln. Dazu habe ich als Bezirksbürgermeister eine Kinderarmutskonferenz einberufen. 2020 wird es einen Kinderarmutsbericht geben.

Gute Schulen, für jedes Kind, deren Eltern es möchten, einen Kita-platz, unbürokratischer Zugang zum Bildungs- und Teilhabepaket, Verbesserung des Übergangs von der Kita in die Schule und den Berufseinstieg, Unterstützung für Alleinerziehende. Dem stellt sich das Bezirksamt Lichtenberg in 2020. Wir finden uns nicht mit Kinderarmut ab. Wir handeln.

MICHAEL GRUNST

KLAUS GEBAUER

Zum 12. Januar: Stilles Gedenken und kräftiger Widerstand

Am 12. Januar werden wieder Zehntausende zu den Gräbern von Karl und Rosa strömen. Die meisten im Bewusstsein der Gefahren, die von der Rechtsentwicklung in Deutschland ausgehen. Führende Bundespolitiker beschwören die Vorzüge unserer Demokratie. In ihrem Schoße aber erwuchs nicht nur rechtsextremistisches Denken bis in die Mitte der Gesellschaft, sondern daraus folgten faschistische Morde, wie die des NSU oder im Fall Lübke. Ausgehend von schwarzen Listen werden weitere Verbrechen geplant. Rechte Parteien und Gruppen genießen den Schutz der parlamentarischen Demokratie,

während antifaschistische Organisationen behindert werden. Gleichzeitig erhöht die Regierung mit ihrer Außen- und Rüstungspolitik, als „Speerspitze der NATO“ gegen Russland, die Kriegsgefahr. Nichts stimmt mehr mit den Amtseiden von Bundesministern überein, Gefahren vom deutschen Volke abzuwenden.

Besinnen wir uns angesichts dieser Entwicklungen auf den Kampf von Karl und Rosa. Karl Liebknecht erhob 1914 mutig seine Stimme gegen Kriegskredite. Rosa Luxemburg hat in Schriften und Reden vielfach Militarismus und Kriegstreben geißelt. Was taugt unsere Demokra-

tie, wenn sie nicht in der Lage ist, den Aufstieg eines neuen Faschismus in Deutschland aufzuhalten? Dies darf kein unaufhaltsamer Aufstieg werden. Wir sind mehr! Aus stillem Gedenken an Karl und Rosa muss ein breiterer, lauter und tatkräftiger Widerstand werden. Dazu gehört auch, jenen auf die Finger zu schauen – wenn nötig, zu hauen – die an Schaltstellen unserer Demokratie oft dulden, dass Rechtsextremismus und Faschisten in den Kommunen, den Ländern, in Organisationen und Vereinen weiter an Boden gewinnen.

Mitsprache:

Über die Gestaltung des Areals an der Rheinpfalzallee.



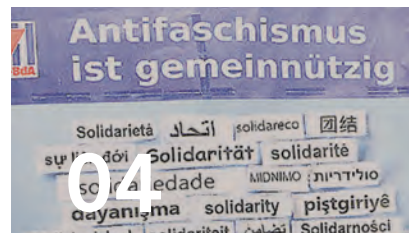
Weltveränderer:

Im Gespräch mit Susanne Laudahn und Luise Will von SODI.



Frontalangriff:

Der VVN-BdA soll die Gemeinnützigkeit entzogen werden.



Rentenbesteuerung:

Bereits Renten ab 1200 € werden künftig besteuert.



KURZ GEMELDET

FAVORITENSCHRECK

Mit dem 8. Tabellenplatz ging die erste Herrenfußballmannschaft von Lichtenberg 47 in die Winterpause der Regionalliga Nordost. Mit 26 Punkten liegt das Aufsteigerteam um den „Berliner Amateurtrainer 2018/2019“ Uwe Lehmann satte acht Punkte vor einem Abstiegsplatz. Dabei waren dem Flaggschiff des 1.300 Mitglieder starken Kiezvereins eher geringe Chancen zugebilligt worden, bevor Favoriten wie Wacker Nordhausen und Hertha BSC II auf die Plätze verwiesen wurden. In der jetzt ligatauglich für rund 10.000 Zuschauer aufgepeppten „Hans Zoschke“ HOWOGE-Arena geht es am 1. Februar gegen Tabellen-nachbarn ZFC Meuselwitz in die 2. Halbserie.

KIEZFONDS ANZAPFEN

Ob für das Nachbarschaftsfest im Kiez, die Frauenfahrradschule für Geflüchtete, Filmvorführungen im Begegnungszentrum Auch 2020 sind die Lichtenberger dazu eingeladen, aus dem Lichtenberger Kiezfonds bis zu 1.000 Euro für ein Nachbarschaftsprojekt ihrer Wahl zu beantragen. Seit 2010 stellt das von der Linkspartei eingeführte bundesweit unvergleichliche Projekt der direkten und unbürokratischen Mitbestimmung jährlich in allen 13 Lichtenberger Stadtteilen jeweils 10.000 € zur Verfügung.

■ **Interessierte wenden sich an:**
Stabsstelle Bürgerbeteiligung,
10360 Berlin, Ansprechpartnerin-
nen: Silvia Gröber / Lilia Lengert

SOZIALKOCHREZEPTE

„Sozialkochrezepte“ wurden zum Jahresende in der Kiezkantine Werkküche Storkower Straße 207 angeboten. Die von der Bewegung „Aufstehen“ organisierte Veranstaltung „Armut in Lichtenberg konkret“ brachte erneut die in der öffentlichen Meinung kaum wahrgenommenen, aber unübersehbaren Existenzgefährdungen in „unserem reichen Land“ auf den Tisch. Dem großen Geldadel dagegen werden die angebotenen Rezepte den Appetit schon verderben: Krankenhäuser, Versicherungen, Renten, Verkehr, Wohnen in Gemeinschaftsverantwortung zu übergeben. Das Protokoll der Veranstaltung soll dem Senat überstellt werden.

JOACHIM PAMPEL

Neues aus der Rheinpfalzallee

Mehrere hundert Nachbarn folgten der Einladung des Bürgervereins Karlshorst e.V. in das Kulturhaus, so dass bedauerlicherweise einige der Gäste nicht mehr an der Veranstaltung teilnehmen konnten. Was war geschehen?

Nachdem sich der Bezirk und der Senat anfänglich nicht einig über die Nutzung des 19.000 m² großen Areals in der Rheinpfalzallee waren, haben sich seit Herbst die unterschiedlichen Interessen für dieses Gelände wiederfinden können. Das Gebiet wird vom Senat insbesondere zum Zwecke der Sicherung der sozialen Infrastruktur sowie auch für die Unterbringung von Geflüchteten vom Bund angekauft.

Damit der Bezirk eine dringend benötigte dreizügige Schule sowie Kita auf dem Gelände errichten kann, ist der Senat von seinen ersten Planungen leicht zurückgegangen, so dass nur noch 40 Prozent der Fläche zum Bau einer Unterkunft genutzt werden. Der Bezirk wird die übrige Fläche zum Bau einer Schule sowie einer Kita nutzen. Eine Machbarkeitsstudie des Bezirks wird dazu erarbeitet.

Der Senat plant durch die HOWOGE den Bau einer Unterkunft für Geflüchtete mit bis zu 400 Plätzen. Nachdem anfangs eine Bebauung von drei Riegeln geplant worden ist,



Bei der Bürgerversammlung zur Bebauung Rheinpfalzallee stellten Daniel Tietze (l.) und ein Nachbarschaftsvertreter die Pläne für das Areal vor.

wird jetzt in reduzierter Größe von zwei Riegeln, aber in vier Etagen gebaut. Gebaut werden Wohnungen in Appartement-Struktur, die nach der temporären Nutzung als Unterkunft dem Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Auch die dreizügige Schule soll voraussichtlich in gleicher Höhe entstehen.

Auf der Veranstaltung durfte ich gemeinsam mit Vertretern des Bezirksamts, Herrn Schiller von der HOWOGE und einem Vertreter der Nachbarschaft, die Pläne vorstellen. Wie

sonst üblich, gab es auch hier kritische Anmerkungen zur Nutzung als Flüchtlingsunterkunft, aber auch zur fehlenden Einordnung des Areals in die nachbarschaftliche Umgebung. Wichtig war vielen, dass nun die Nachbarschaft in den Prozess der Ausgestaltung mit eingebunden wird. Daher bot der Bürgerverein an, die weitere Entwicklung des gesamten Areals zu begleiten, wenn Bezirk und Senat eine angemessene Form der Beteiligung organisieren sowie die HOWOGE dies mitträgt. DANIEL TIETZE

Spenden für die Obdachlosenhilfe
„Tagestreff“ in der Weitlingstraße

Der Winter hat uns seit einigen Wochen fest im Griff und er fährt wieder mit unangenehmen Temperaturen auf. Gerade im Winter ist es für Wohnungslose schwierig, sich vor der Kälte zu schützen. Im Gegenteil,



Marco Wiczorek (l.) und Robert Schneider haben die Spendenaktion der LINKEN für die Obdachlosenhilfe organisiert.

sie werden immer mehr aus der Öffentlichkeit verbannt und müssen mit Repressalien rechnen, wenn sie an öffentlichen Plätzen verweilen. Auch Anfeindungen sind nicht selten und nehmen mitunter Ausmaße an, die man sich nicht vorstellen kann und möchte. So wurde im Sommer 2018 ein Obdachloser in Schöneweide angezündet und erlag später seinen schweren Verletzungen im Krankenhaus. Aus eben solchen Gründen haben wir es uns seit vier Jahren zur Aufgabe gemacht, einen Spendenaufruf zu starten. Dieser stieß bisher immer auf positive Resonanz und bescherte uns viele Kleider-, Sach- sowie Lebensmittelspenden. Diese lassen wir seither dem „TagesTreff“ für Wohnungslose und Bedürftige zukommen. Die Einrichtung leistet einen wichtigen Beitrag, um auch Wohnungslosen zu ermöglichen, eine

Mahlzeit zu sich zu nehmen, ärztliche Behandlungen zu bekommen, sich zu duschen und neu einzukleiden. Kurz gesagt, ihnen wird hier wieder ein wenig Würde gegeben. Die Zahlen zeigen leider, wie wichtig ein solcher Ort ist.

Um dieser Einrichtung bedarfsgerecht helfen zu können, setzen wir uns jedes Jahr vorab mit ihr in Verbindung und fragen nach, was benötigt wird. So wissen wir, dass unsere Spenden gezielt Wirkung finden. Nach der Antwort dieser Einrichtung riefen wir parteiintern, aber auch außerhalb, zu Spenden auf. Die Resonanz war auch in diesem Jahr riesig. Und so mussten wir dreimal mit dem Auto fahren, um alle Sachspenden vor Ort sowie 120 € Geldspende übergeben zu können. Vielen Dank an alle Genossinnen und Genossen für Eure Unterstützung!
MARCO WICZOREK
ROBERT SCHNEIDER

Mit Spenden die Welt verändern

Luise Will und Susanne Laudahn von SODI wissen, wie internationale Solidarität organisiert werden muss, damit sie funktioniert. | Von KLAUS SINGER



Susanne Laudahn und Luise Will verstehen nicht nur ihr Handwerk, sie machen ihre Arbeit mit Herz und Seele.

■ SODI feiert im nächsten Jahr den 30. Geburtstag. Gab es auch eine Geschichte vor der Geburt?

Susanne: Unser Verein hat die Rechtsnachfolge des Solidaritätskomitees der DDR angetreten. Das Komitee war unabhängig, aber im Auftrag des Staates unterwegs. Es unterstützte z. B. die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika. Mit der Wende kam die Treuhandschaft, die von einem Tag auf den anderen all unsere Konten sperrte. Begründung: Die Spenden waren eigentlich zwangsweise abgeführte Gelder. Wir konnten jedoch nachweisen, dass die Spenden freiwillig an uns gezahlt wurden.

■ Was war das Projekt in den 30 Jahren, das dir noch besonders gut in Erinnerung geblieben ist?

Susanne: Auf jeden Fall die Minenräumung und Wiederansiedlung von Menschen in Vietnam am 17. Breitengrad. Das war das erste Projekt, wo es uns gelungen ist, von der Minenräumung bis zur Schaffung von Arbeitsplätzen, den Menschen eine neue Lebensperspektive zu schaffen.

■ Was unterscheidet SODI von anderen Hilfsorganisationen?

Susanne: Wir haben unsere Wurzeln in Ostdeutschland und wir kooperieren noch heute mit Partnern in Regionen, mit denen wir auch schon früher zusammengearbeitet haben.

Luise: Unsere Spender wollen nicht nur helfen, sie wollen auch über die Hintergründe informiert werden. Sie wollen wissen, ob unsere Projekte wirklich nachhaltig sind.

■ Wächst eine neue Spendergeneration nach?

Luise: Das ist ein Problem. Teilweise haben die Großeltern ihr Engagement für SODI an ihre Kinder und Enkel weitergegeben. Wir versuchen aber auch mit unserer neuen Internetseite junge Leute anzusprechen. Wir kön-



21 Wasserzapfstellen wird es im Projekt in der DR Kongo insgesamt geben. Sie werden von den Dorfbewohner*innen betreut.

nen z. B. schnell kleine Filme über unsere Projektarbeit ins Netz stellen. Das kommt gut an.

■ Ihr verbindet eure Auslandsarbeit mit Bildungsarbeit im Inland. Ist das bei entwicklungspolitischen

Vereinen die Regel oder eher eine Ausnahme?

Susanne: Da ist SODI eher eine Ausnahme. Wir verstehen uns auch als Sprachrohr unserer Projektpartner im Ausland. Es reicht nicht, nur für Afrika zu spenden, man sollte auch etwas über die Lebensbedingungen und Perspektiven wissen. Nur so wird sich grundsätzlich etwas ändern.

■ Warum fordert ihr einen Perspektivwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit?

Susanne: Wir wollen weg von den Klischees z. B. über Afrika. Wir geben unseren Partnern bei Veranstaltungen, Publikationen und Interviews eine Stimme. Was heißt Klimawandel für die Menschen. Wir wollen den Menschen hier zeigen, welche Wirkung ihre Lebensweise für Menschen auf anderen Kontinenten bedeutet.

■ Wie entstehen Projekte vor Ort?

Luise: Unser Credo lautet: Global denken, lokal handeln. Unsere Partner vor Ort haben das Wissen und die kulturelle Verankerung. Sie machen uns Vorschläge, die Hand und Fuß haben müssen. Wir kommen dazu, wenn es an einer Stelle nicht weitergeht, weil oft das Geld fehlt. Dann schauen wir, ob das Projekt mit unseren Fördermöglichkeiten zusammenpasst.

■ Wer beteiligt sich an einer solchen Finanzierung?

Susanne: 75 Prozent der Kosten trägt in der Regel das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), 15 Prozent unsere Partner und 10 Prozent finanzieren wir über Spenden.

■ Lichtenberg hat eine Städtepartnerschaft mit einem Stadtteil in Maputo. Welche Rolle habt ihr dabei?

Susanne: Die Partnerschaft mit Maputo-KaMubukwana existiert schon fast 35 Jahre. SODI unterstützt das Bezirksamt bei der Durchführung von Projekten. Im Augenblick unterstützen wir ein Projekt zur Umweltbildung.

■ Wofür wird besonders gern gespendet?

Luise: Die Spender wollen gern schnell Ergebnisse sehen. In der DR Kongo haben wir ein Projekt zur Trinkwasserversorgung. Die Wasserleitungen werden jetzt verlegt und danach werden 76.000 Menschen mit sauberem Wasser versorgt.

■ Sie wollen spenden, dann rufen Sie Luise Will an:

Tel: 030/929 90 93 -15 oder schreiben Sie eine Mail an: luise.will@sodi.de.

Für weitere Information einfach auf folgende Seite gehen: www.sodi.de

Kleinanlegersteuer

Finanzminister Olaf Scholz hat seine Pläne zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Was zunächst verheißungsvoll klingt, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als eine reine Abgabe auf Aktienkäufe. Eine solche Steuer, die zur Finanzierung der Grundrente geplant ist, würde ausgerechnet Kleinanleger*innen, Fondssparer*innen und Altersvorsorgesparer*innen belasten. Über 90 Prozent der übrigen Finanztransaktionen, unter anderem der Derivatehandel, Rohstoffspekulationen und weitere Hochrisikogeschäfte, welche maßgeblich zur Finanzkrise 2008 beitrugen, blieben von der Steuer gänzlich unberührt.

Fauler Kompromiss

Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat dem vorgeschlagenen Kompromiss zum Klimapakete zugestimmt. Ab 2021 soll der Preis für CO₂-Emissionen bei 25 Euro pro Tonne liegen, ursprünglich waren 10 Euro pro Tonne geplant. Dies wird zu steigenden Heiz- und Treibstoffkosten führen. Zum Ausgleich steigt die Pendlerpauschale von 30 auf 35 Cent. Entlastet werden hierbei vor allem die höheren Einkommensklassen, die weite Arbeitswege zurücklegen. Für Geringverdiener bietet der frisch verabschiedete Kompromiss keine Chance auf eine Kompensation der steigenden Kosten. Sie werden hierbei einseitig belastet. DIE LINKE stimmte unter anderem aus diesem Grund im Bundestag gegen das Gesetzespaket.

Arm trotz Arbeit

Das Armutsrisiko ist in vielen europäischen Staaten, darunter auch Deutschland, in den letzten Jahren gestiegen. Dies stellte die konservative Bertelsmann-Stiftung in einer kürzlich veröffentlichten Studie fest. Der wirtschaftliche Aufschwung seit der globalen Finanzkrise kam demnach längst nicht bei allen an. So sind vor allem Kinder und Jugendliche in fast allen OECD-Staaten stärker denn je von Armut bedroht. Dies gilt selbst in Ländern mit starken sozialen Sicherungssystemen. Grund für diese Entwicklungen sind vor allem der Anstieg atypischer Beschäftigungsverhältnisse wie Teilzeit, Leih- und Zeitarbeit und Minijobs.

MAX GALLE

Frontalangriff auf den Antifaschismus

Das Berliner Finanzamt setzte den Vollzug des ergangenen Steuerbescheids gegen VVN-BdA vorerst aus. Das ist ein Teilerfolg, aber noch keine Lösung.

Wir müssen in unserer Gesellschaft grundsätzlich über Antifaschismus reden. Die herrschende Geschichtsschreibung diskreditiert seit 30 Jahren den Antifaschismus in der DDR mit dem Begriff „verordnet“. Was sprach eigentlich gegen verordneten Antifaschismus in einem Land, in dem die Menschen mehrheitlich Hitler bis zum letzten Tag blind gefolgt waren? Jetzt, wo er nicht mehr verordnet wird, gibt es dramatische Wissenslücken in unserer Gesellschaft. Obwohl das schon schlimm genug ist, wird der Antifaschismus frontal angegriffen. Das erinnert mich an die Steuernachzahlungsforderung von über 67,4 Millionen Euro gegen die PDS in den 90er Jahren. Unsere Partei sollte mit finanziellen Mitteln ausgeschaltet werden. Das ist damals nach massiven Protesten nicht gelungen. Jetzt soll VVN-BdA der Geldhahn zugekehrt werden. Dieser Angriff auf den Antifaschismus kommt nicht aus der rechtsextremen Ecke. Es sind Finanzminister auf Landes- und Bundesebene mit SPD-Parteibuch, die dagegen hätten vorgehen können. Der Verweis auf den Verfassungsschutz ist peinlich. Wissen wir

doch spätestens seit den NSU-Morden, dass dieser Geheimdienst nicht die Verfassung schützt, sondern rechte Gewalttäter.

Am 10. Mai 2020 werden wir uns – wie in jedem Jahr – zum „Lesen gegen das Vergessen“ auf dem Berliner Bebelplatz zusammenfinden. Künstlerinnen und Künstler werden aus Büchern lesen, die die Faschisten 1933 verbrannt hatten. Die Texte von Tucholsky, Brecht, Seghers, Kästner und anderen waren helllichtig. Sie haben den aufziehenden Faschismus erlebt und vor der drohenden Gefahr gewarnt. Doch sie wurden nicht gehört. Und wieder dringt der Faschismus wie ein Gift in unsere Gesellschaft und wieder wird er verharmlost.

Ich wünsche mir, dass viele Menschen am 10. Mai auf den Bebelplatz kommen und sich diese großartigen Texte anhören. Vielleicht sollten auch jede Beamtin und jeder Beamte eine Sammlung dieser Texte zur Verteidigung bekommen.

Vor Antifaschismus muss man keine Angst haben. Antifaschismus heißt Aufklärung über die Entstehung, die Herrschaft und die Folgen des Faschismus. Demokratie und Antifaschismus gehören zusammen. Wer den Antifaschismus bekämpft, untergräbt die Demokratie.

GESINE LÖTZSCH



Am 6. Dezember hat Gesines Backkollektiv mit einer Klasse aus der Lew-Tolstoi-Schule Plätzchen gebacken.

1,51
ZAHL DES MONATS

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist sehr umstrittener Maßstab für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Ein hohes BIP soll ein Ausweis wirtschaftlicher Stärke, ein fallendes BIP zunehmender Schwäche sein. Dass in Kriegszeiten das BIP steigt, gehört zu seinen zynischen Messergebnissen. Dass man aber auch mit solch einem krummen Holz noch auf zweierlei Weise messen kann, beweist uns die Bundesregierung. Wenn es um dringend nötige Investitionen in die Infrastruktur geht, dann wird auf die beschränkte Möglichkeit verwiesen, Schulden aufzunehmen. Die von den neoliberalen Parteien einst in die Verfassung geschriebene „Schuldenbremse“ erlaubt eine Verschuldung von 0,35 % dieses krummen Holzes, genannt BIP. Geht es um ihre Berechnung für das Jahr 2020, bezieht man sich aber nicht etwa auf das BIP des laufenden Jahres oder seine Schätzung für 2020. Nein, die Bezugsgröße ist das vorvergangene Jahr 2018, als das BIP deutlich kleiner war. Geht es hingegen um Rüstungsausgaben – die Herzensangelegenheit der Bundesregierung – dann bezieht sie sich auf das BIP des Jahres 2020. So kann sie deren Anteil an der wirtschaftlichen Gesamtleistung klein- und die bleibende „Schuld“ gegenüber dem Zwei-Prozent-Rüstungsziel der NATO großrechnen.

Würde man die von der Bundesregierung jüngst beschlossenen 50,39 Mrd. € Militärausgaben für das Jahr 2020 am gleichen BIP messen wie die Schuldenbremse, ergäbe sich ein Anteil von 1,51 % am BIP. Bei Rüstung kennt die Bundesregierung eben keine Bremse.

TINKO HEMPEL

SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** ist erreichbar:

- Wahlkreisbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Telefon: 22 77 17 87, E-Mail: gesine.loetzsch@bundestag.de
- Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Lötzsch: **Dienstag, 21.01.2020, 17 bis 19 Uhr**
Bitte anmelden unter Telefon 99 27 07 25 oder per E-Mail gesine.loetzsch@bundestag.de



Felder der Bauernvereinigung Marcelina Chissano. Wir alle haben ein Feld mit Salat bepflanzt.

Unterwegs im Südosten Afrikas – Erfahrungsaustausch mal anders

Lichtenberg hat sieben Städtepartnerschaften in Österreich, Litauen, Russland, Polen, Vietnam und Mosambik. Ich hatte das unbeschreibliche Glück unseren Bürgermeister Michael Grunst nach KaMubukwana, einen Stadtteil von Maputo, begleiten zu dürfen. Unserer Delegation gehörten der Vorsitzende der Lichtenberger Kleingartenvereine, die Direktorin der Brodowin-Grundschule, ein Vertreter von SODI e. V. sowie die Beauftragte für Städtepartnerschaften und der Pressereferent unseres Bürgermeisters an. Mosambik gehört mit zu den ärmsten Ländern der Welt, ist hoch verschuldet und wurde 2019 zweimal von Wirbelstürmen und Überschwemmungen getroffen. Und dennoch sind die Menschen lebensfroh und freundlich. Es ist mal wieder bewiesen: Glücklich sein hat nichts mit materiellem Wohlstand oder Lebensbedingungen zu tun, es ist eine Lebenseinstellung.

Die Reise gab uns einen offenen ehrlichen Einblick in die vorhandenen Probleme und auch die Wünsche und Hoffnungen der Menschen. Nur einen Tag nach unserer Rückkehr verlieh Lichtenberg zum 5. Mal den Inklusionspreis. Inklusion ist auch dort ein großes Thema – allein Barrierefreiheit im öffentlichen Straßenland braucht sicher noch Jahrzehnte. Erst im April 2019 wurde eine hochmoderne Hängebrücke in Betrieb genommen; erbaut von

chinesischen Investoren. Sie verbindet zwei Stadtteile und auch die aus dem Norden kommende Küstenstraße mit Südafrika. Allerdings sind die Anschlussstraßen nicht wirklich gut ausgebaut und natürlich erwirtschaftet die Maut bisher weder die laufenden Kosten noch reicht es für die Rückzahlung des Kredits. Sehr kritisch aufgefallen ist uns auch das Thema Müll. Überall auf Straßen, in der Natur, in Flüssen findet sich Müll. Es gibt kein Sammel-, Abhol- und Entsorgungssystem. Das ist aber die Grundvoraussetzung, um die Menschen für dieses Thema zu sensibilisieren. Denn etwas zu wissen ist das eine, es muss auch umsetzbar sein.

Vor einigen Jahren initiierte Lichtenberg im Rahmen von „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte (Nakopa)“ einen Ort, an dem sich u. a. Kita- und Schulgruppen mit Umweltschutz beschäftigen. Außerdem wird es bald eine weitere Schulpartnerschaft geben. Interessant beim Besuch zweier Schulen war zum Beispiel, dass teilweise in bis zu drei Schichten täglich unterrichtet wird und in einer Klasse 70 bis 100 Kinder sind. Herausforderungen, mit denen viele Lehrkräfte hier bei uns wohl überfordert wären. Bildung ist jedoch eine der wichtigsten Grundlagen für eine positive Entwicklung des Landes.

KERSTIN ZIMMER

KOMMENTAR



Große Früchte am Rinchnacher Weg: eine Gefahr?

Ich gärtlere für mein Leben gern und mag Äpfel. Aber das nur vorweg. Geht es doch um 15 Apfelbäume im Rinchnacher Weg in Karlshorst, die gefällt werden sollten. Eine Gefahr, so berichteten mehrere Zeitungen, würde von den viel zu großen Äpfeln ausgehen und beriefen sich dabei auf die Mutmaßungen der Nachbarschaft zu den Gründen der Anordnung. Die Äpfel könnten auf den Köpfen der Vorbeilafenden landen oder auf die Windschutzscheiben der parkenden Autos fallen. Das Straßen- und Grünflächenamt habe daher entschieden, die Bäume müssen weg. Die Anwohner*innen aber hängen an ihren Apfelbäumen. Patenschaften wurden ins Spiel gebracht, um sicherzustellen, dass die reifen Früchte auch abgenommen werden. Ich befragte den Stadtrat dazu. Wie kann von den herabfallenden Äpfeln eine Gefahr ausgehen, wenn doch die Bäume mit Beeteinfassungen versehen und weit von den parkenden Autos entfernt sind? Ganz einfach: Der Grund für die Anordnung, die Bäume zu entfernen, war nicht die drohende Gefahr durch herabfallende Äpfel, sondern ein ganz anderer. Eine Faustregel besagt, der Kronenumfang ist gleich Wurzelballenumfang. Und genau der würde im Falle der betroffenen Bäume – ich schreibe aus Erfahrung – die Gehwege früher oder später anheben. Um das zu vermeiden, hätte der Bauträger Bäume mit kleineren Kronen, das heißt Wurzelumfang auswählen müssen. Wer nun denkt, die Bäume würden einfach gefällt und im Ofen landen, der irrt sich. Denn diese Geschichte geht gut aus. Die Bäume werden umgepflanzt und in der näheren Umgebung wieder neu eingepflanzt. An die Stelle der alten Bäume werden Bäume mit kleinerem Kronenumfang die Straße säumen. Einen kleinen Nachteil hat die Aktion dann doch: Die neuen Äpfel am Rinchnacher Weg werden nicht annähernd so schmackhaft sein wie die bisherigen. Das verrät schon der Name: Holzapfel. NORMAN WOLF

Hereinspaziert – Ein Kinder- und Jugendzirkus zum Mitmachen

Auf Antrag von DIE LINKE.Lichtenberg in der Bezirksverordnetenversammlung im Sommer 2019, mit Unterstützung des Bezirksbürgermeisters Michael Grunst sowie der Jugendstadträtin Katrin Framke, konnten im Doppelhaushalt 2020/21 pro Jahr zusätzlich 150.000 Euro für einen

Kinder- und Jugendzirkus eingestellt werden. Das Jugendamt bereitete daraufhin ein Interessenbekundungsverfahren vor, wo sich Träger bewerben konnten. Am Ende wurden zwei Trägerkonzepte von einer Jury bewertet und diskutiert. Wenn auch mit knappem Ergebnis – da beide Konzepte

gelingen waren – ist der Jugendhilfeausschuss der Juryentscheidung gefolgt und hat Cabuwazi als Träger ausgewählt. Nachdem bereits fünf Bezirke einen Kinder- und Jugendzirkus beheimatet haben, ist es ein großer Erfolg der Fraktion DIE LINKE.Lichtenberg, dass im neuen Jahr ein zirkuspädagogisches Projekt die kulturelle Kinder- und Jugendarbeit auch in unserem Bezirk bereichern wird.

Cabuwazi hat 25 Jahre Erfahrung in der Zirkusarbeit. Über 8.000 Kinder und Jugendliche trainieren pro Jahr an den unterschiedlichen Standorten. Nun kommen einige hundert in Lichtenberg dazu. Ihre Manegen sind ein Raum für Zirkus, Tanz, Theater, Musik und Sprache. In Nachmittagskursen, Schulprojektwochen und Ferienworkshops fördern sie individuelle Ausdrucksformen, soziale Kompetenzen und gestalterische Fähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen zwischen vier und 19 Jahren. Im gemeinsamen künstlerischen und sozialen Prozess gestalten die Artist*innen regelmäßig Vorstellungen in den Zelten von Cabuwazi und bei Außenauftritten. Hier ist der Bezirk nun intensiv dabei, ein ge-

eignetes Grundstück in Hohenschönhausen zu finden, damit zahlreiche Kinder und Jugendliche im neuen Jahr ihre Talente ausprobieren und weiterentwickeln können. Wir bleiben auch hier am Ball und hoffen, bald einen geeigneten Standort verkünden zu können. CLAUDIA ENGELMANN



Zirkus Cabuwazi auch bald in Lichtenberg.

Der Geschichte verpflichtet – Hermann Duncker

Seit etlichen Jahren pflegen Mitglieder mehrerer Karlshorster Basisorganisationen das Hermann-Duncker-Denkmal und seine unmittelbare Umgebung. Vor wenigen Wochen unterstützten sie eine vom Bürgerverein Karlshorst organisierte Reinigungsaktion am Denkmal. Dabei fiel auf, dass der Schriftzug an der Rückfront des Denkmals nur noch in Bruchstücken vorhanden war. Daraufhin hat die Linksfraktion den Antrag eingebracht, den Schriftzug am Hermann-Duncker-Denkmal zu erneuern sowie eine Informationstafel anzubringen. Die heutige Treskowallee trug von 1961 bis 1992 den Namen Hermann Duncker, der mit seiner Frau Käte und seinen drei Kindern von 1924 bis 1936 in Karlshorst lebte.

1874 wurde er als Sohn eines Kaufmannes geboren. Nach dem Abitur in Göttingen begann er in Leipzig Musik zu studieren, um dann

das Studium der Nationalökonomie, Geschichte und Philosophie aufzunehmen, das er mit einer Promotion abschloss. Er wurde Mitglied der SPD und nach dem Studium arbeitete er für die Leipziger Volkszeitung. Duncker war Mitbegründer des Spartakusbundes, wurde Mitglied der KPD. Im Jahre 1933 Verhaftung durch das NS-Regime, Zuchthaus Brandenburg, 1936 Emigration nach Dänemark, 1947 Rückkehr nach Deutschland, Prof. und Dekan an der Universität in Rostock. Von 1949 bis 1960 Direktor der Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“ in Bernau. Hermann Duncker hatte ein interessantes und wechselvolles Leben.

Die vom Senat von Berlin gegründete Kommission zum Umgang mit politischen Denkmälern im Ostteil der Stadt empfahl in ihrem Bericht 1993 zum Hermann-Duncker-Denkmal einstimmig, das Denkmal in der Mitte

von Karlshorst auch aus städtebaulicher Sicht zu erhalten.

INGEBORG GÖRSDORF



Das Hermann-Duncker-Denkmal muss dringend saniert werden.

Kommunale Bewegungsförderung für ältere Lichtenberger

Ende Oktober fand im Rathaus Lichtenberg die Fortführung der Gesundheitskonferenz „Gesund im Alter“ statt. In der gut organisierten Veranstaltung wurden verschiedene Projekte vorgestellt, die zur Gesunderhaltung im Alter beitragen können. Viele dieser Projekte sind aber nicht nur für ältere Menschen gedacht, sondern auch für die jüngere Generation, die nicht unbedingt „scharf“ auf zusätzliche Pflichtübungen ist, aber trotzdem auch etwas für die Gesundheit tun kann. Während eines Spazierganges kann z. B. unter fachlicher Anleitung ausgebildeter Trainer auf verschiedene Art und Weise Sport getrieben werden. Man kann in der Natur viel Kraft schöpfen und die Natur zur Bewegung nutzen. Wer möchte nicht manchmal hinter seinen Enkeln oder Urenkeln herlaufen und merkt dann, es geht nicht mehr so, wie man gern möchte. Auch „richtiges“ Treppensteigen will gelernt sein und kann zur Stärkung der Muskeln genutzt werden. Da hilft dann mit Rat und Tat ein für dieses Projekt ausgebildeter Trainer vom „Qualitätsverbund Netzwerke im Alter – Pankow e.V.“, das bis Dezember 2020 weitergeführt werden soll. In Pankow kümmert sich dieser Qualitätsverbund Förderung und Unterstützung des Verbandes der Ersatzkrankenkassen e.V. und des Bezirksamtes Pankow um die Gesundheitsförderung für Ältere. Ich bin der Meinung, dass dieses Projekt auch für Lichtenberg realisierbar wäre. Natur und Umgebung sind reichlich vorhanden. Darum sollte die BIB-Kommunale Bewegungsförderung für Bürger und Bürgerinnen – auch in Lichtenberg beantragt werden.

INGEBORG GÖRSDORF

Erste Kinderarmutskonferenz in Lichtenberg



Rege Diskussionen während der Kinderarmutskonferenz.

12.000 Kinder sind in Lichtenberg von Kinderarmut betroffen. Eine traurige Bilanz in einem der reichsten Länder der Welt. Das ist nicht hinzunehmen und unser aller Aufgabe bleibt es, diesen Zustand auf allen Ebenen zu bekämpfen. Nach der Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Lichtenberg zur Kinderarmut in der Bezirksverordnetenversammlung im Frühjahr 2019, die die traurigen Zahlen offenlegte,

hat der Bezirk ein klares Zeichen gesetzt, in dem er zur ersten Lichtenberger Kinderarmutskonferenz eingeladen hat. Bezirksbürgermeister Michael Grunst war Schirmherr. Zahlreiche Akteure aus dem Bezirk kamen im November 2019 in der blu:boks zusammen. Die vier Dimensionen von Armut, Bildung, Gesundheit, Soziale Teilhabe und existenzielle Versorgung

waren Leitthemen der Workshops und bilden künftig die Basis, um intensiv weiter zu diskutieren. Die ersten Ergebnisse liegen vor, eine vollständige Tagungsdokumentation gibt es zu Beginn des neuen Jahres.

Ziel ist der Aufbau einer kindbezogenen Armutspräventionsstruktur von 0 bis 18 Jahren nach dem Modell der kommunalen Präventionskette. All dies wird auch einfließen in den ersten Lichtenberger Kinderarmutsbericht, der im Herbst 2020 zur nächsten Konferenz vorliegen wird.

Die Beteiligung an der Konferenz war überwältigend, die Diskussionen intensiv und konstruktiv. Allen ist klar: Armut schränkt die Bildungschancen von jungen Menschen, ihre gesundheitliche Entwicklung und ihre kulturellen und sozialen Beteiligungsmöglichkeiten ein und wirkt sich auf das gesamte weitere Leben aus. Das darf nicht sein. Es liegt an uns, Wege zu finden, damit Kinder gut aufwachsen können. Auch die Fraktion DIE LINKE. Lichtenberg wird den angestoßenen Prozess 2020 weiter begleiten und den Kampf gegen Kinderarmut unterstützen. CLAUDIA ENGELMANN

Antifaschismus ist gemeinnützig

Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit des VVN-BdA – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten – durch ein Berliner Finanzamt ist nicht zu tolerieren.

Von Überlebenden der Konzentrationslager und Gefängnisse 1947 gegründet, ist die VVN-BdA seitdem die größte, älteste, überparteiliche und überkonfessionelle Organisation von Antifaschistinnen und Antifaschisten



Der Geschäftsführer von VVN/BdA Thomas Willms (l.) nahm den Spendenscheck der Fraktion entgegen.

Deutschlands. Sie vertritt die Interessen von Verfolgten und Widerstandskämpfern sowie deren Nachkommen, tritt für Frieden und Völkerverständigung ein und hat gegen große gesellschaftliche Widerstände wesentlich dafür gesorgt, dass die Verbrechen des Nazi-Regimes nicht in Vergessenheit geraten sind, u. a. durch den Einsatz für die Errichtung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten sowie vielfache Zeitzeugenarbeit.

Mehrere Anträge der LINKEN im Bundestag sowie in Landtagen fordern, dass zivilgesellschaftliches Engagement gemeinnützig bleiben muss.

Unsere Verordneten zeigen sich mit dem VVN-BdA solidarisch. Wir überreichten einen Spendenscheck in Höhe von 600 Euro.

NORMAN WOLF

Ordnung am Bahnhof Lichtenberg?

Für komplexe Probleme einfache Lösungen anzubieten, ist eine stete Versuchung – auch für die Lichtenberger Kommunalpolitik. Bei der Bekämpfung von Armut und Obdachlosigkeit kann es indes nur langfristig Erfolg geben. Einer im Wahlrhythmus agierenden Politik liegt es daher nah, solche Probleme zu kriminalisieren. Statt auf komplexe soziale und gesamtgesellschaftliche Ursachen zu verweisen, wird die Verantwortung personalisiert. „Der Arme“, „Der Obdachlose“, „Der Bettler“ wird bestraft und dem Wähler mit der Aburteilung des Delinquenten eine Scheinlösung präsentiert. Gern profiliert sich der Verantwortliche damit als echter Macher, als konsequenter Law-and-order-Mann und viriler Großstadtscherriff.

Die LINKE geht bewusst einen anderen Weg. Statt auf Räumungsparolen und Verbote setzen wir am Bahnhof Lichtenberg auf Dialog und ein Platzmanagement. Demgegenüber will sich die CDU als Verfechter



Platzmanager Josef Parzinger kümmert sich im Auftrag des Bezirksamtes mit um die Obdachlosen am Bahnhof Lichtenberg.

einer „harten Gangart“ profilieren und die Obdachlosigkeit mit einer Platzordnung bekämpfen. Verboten werden soll der Alkoholkonsum, das Betteln, das Nächtigen. Durchzusetzen ist das Verbot von Ordnungsmitteln und Polizei, am besten durch eine sofortige Räumung des bestehenden Obdachlo-

sencamps. Nur weil ein Problem unsichtbar wird, ist es aber noch nicht verschwunden. Eine Platzordnung führt zu einer Verdrängung der Obdachlosen in die angrenzenden Kieze. Dort sind sie für die Arbeit von Sozial- und Gesundheitsarbeitern nur noch schlecht zu erreichen. Zudem

stellt eine Platzordnung alle Lichtenberger im Bahnhofsumfeld unter Generalverdacht. Kann es wirklich sein, dass jeder, der vor dem Bahnhof Alkohol trinkt, um Spenden bittet oder schläft, eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellt? Der Vorschlag der CDU ist rechtswidrig, entbehrt schon einer gesetzlichen Grundlage und wäre im Übrigen unverhältnismäßig.

ANTONIO LEONHARDT

Respektiere Menschen, auch wenn es Differenzen gibt – Camilla Schuler

Es war schon eine Sensation, als vor zwei Jahren zwei Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Lichtenberg ihre Fraktion verließen und zu den LINKEN wechselten. Eine der beiden ist Camilla Schuler.

Seit 2011 war sie für diese Partei in der BVV. Es war ein langsamer und auch schmerzvoller Abnabelungsprozess. So war in ihren Augen u. a. die Zählgemeinschaft von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die LINKEN in der letzten Legislaturperiode oftmals kontraproduktiv.



Camilla Schuler

Sie vermisste auch zunehmend die Gesellschaftskritik in ihrer Partei. Be-reut hat sie den Wechsel nicht. Politik hatte in ihrer Familie schon immer eine Rolle gespielt. Ihr Elternhaus war CDU-geprägt. Ihre Mutter, 20 Jahre Stadtverordnete in Ahrensburg bei Hamburg, ihr Vater Unternehmer.

Camilla, heute 49 Jahre, erinnert sich an die Lebensphilosophie der Eltern, nach der sie handelten: Verantwortung tragen für andere, dann erst kam die eigene Familie. Der Vater besaß ein Umzugsunterneh-

men, die Mutter arbeitete dort im Büro mit. Die Firma, so erinnert sich Camilla, war immer präsent, Urlaub nachgeordnet, aber darum wurde die seltene Familienzeit umso intensiver genutzt. Es wurden viele Gespräche geführt und viel gelacht. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Kinder aus bürgerlichen Familien, im Jugendalter aufbegehren und die Lebensentwürfe der Eltern hinterfragen. Camilla beschäftigte sich in den 80er Jahren sehr mit den gesellschaftlichen Problemen. Die Atomkraft wurde zu einem präsenten Thema und in Hamburg demonstrierte sie regelmäßig gegen den bereits damals grassierenden Mietenwahnsinn und sympathisierte mit der dortigen Hausbesetzerszene. In der Hansestadt erwarb Camilla die Fachhochschulreife an einem Wirtschaftsgymnasium. Einen kaufmännischen Abschluss machte sie bei Daimler. Sehr zur Erleichterung der Eltern ging Camilla nach München, um dort ebenfalls bei Daimler im Bereich Messe- und Veranstaltungsorganisation zu arbeiten. In der bayerischen Metropole engagierte sie sich bei den Grünen, wohl auch als Protest zur dort übermächtigen CSU.

Dort lernte sie ihren zukünftigen Ehemann kennen. Zwei Kinder vervollständigten später die Familie. Der Umzug nach Berlin 2002 erfolgte aus beruflichen Gründen ihres Mannes. Ihr Wohnort an der Rummelsburger Bucht mit all seinen Problemen war der Grund, sich auch in Berlin politisch zu engagieren. Camilla machte sich in der Hauptstadt beruflich selbstständig und betrieb eine Veranstaltungsagentur. Vor vier Jahren startete Camilla noch einmal neu. Sie machte eine Zusatzqualifikation „Deutsch als Fremdsprache“ und ließ sich zur psychologischen Beraterin ausbilden. Sie bietet auch Wochenendseminare zum Thema Stress und Kommunikation an und unterstützt junge Menschen auf dem Weg ins Berufsleben. Seit dieser Zeit gibt sie auch in einer Unterkunft für Geflüchtete in Lichtenberg Deutschunterricht. Das Thema Integration liegt ihr sehr am Herzen. Eine Obergrenze lehnt sie ab, viel wichtiger sei die Integration in die Gesellschaft, um Parallelgesellschaften zu verhindern. Berlin sei da leider nicht



Die Spaziergänge mit dem Hund genießt Camilla Schuler.

unbedingt das beste Beispiel für erfolgreiche Integration. Die Sprache ist nur ein Teil, die Menschen müssen gegenseitige Vorurteile abbauen und aufeinander zugehen. Sie selbst ging mit gutem Beispiel voran und vermietete die Wohnung ihrer kürzlich verstorbenen Mutter in Hamburg an eine Familie aus Libyen. Unverständlich sind für sie so manche bürokratischen Hürden, die die Geflüchteten bewältigen müssen, bevor sie eine Arbeit aufnehmen können. Arbeit ist zugleich auch Integration.

Camilla fühlt sich in der kommunalpolitischen Arbeit in der Linksfraktion wohl. Neben ihrer Arbeit im Ausschuss Schule und Sport ist sie Vorsitzende des Ausschusses Kultur und Bürgerbeteiligung und freut sich darüber, dass der Kulturentwicklungsplan des Bezirkes mit engagierten Lichtenberger*innen entstanden ist. Sie würde sich noch mehr alternative Kulturprojekte in Lichtenberg wünschen, aber das braucht eben auch Zeit. Camilla Schuler ist vor allem das Miteinander wichtig, auch wenn es Differenzen gibt. Ihre vielseitigen politischen Erfahrungen sind für die LINKE und ebenso für die Fraktion ein Gewinn.

DANIELA FUCHS

WANN UND WO

- **6. und 20. Januar, 19 Uhr**
Fraktionsversammlung im Rats-saal des Rathauses Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **23. Januar, 17 Uhr**
Bezirksverordnetenversammlung, Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36

Kulturtipp

Lütten Klein von Stefan Mau

Das „Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft“ analysiert Mau aus zwei Perspektiven: Die Perspektive des teilnehmenden Beobachters im Rostocker Neubaugebiet Lütten Klein und die des Berliner Soziologieprofessors. Zunächst entwirft



Mau mit kritischem, aber emphatischem Blick ein Portrait der DDR-Gesellschaft; des Wohnungsbaus, der Lebensführung, der Bedeutung von Familie und Erziehung, der Durchorganisation, Begünstigungspolitik und Tauschwirtschaft. Im zweiten Teil analysiert er die große Transformation; den Zusammenbruch und den Übergang, die Übernahmepolitik und den Elitentransfer. Ein kluges Buch, das dreißig Jahre nach der Wende einen wichtigen Beitrag zum Verstehen der ostdeutschen Gesellschaft liefert. Eine Gesellschaft, die auch diejenigen prägt, die nicht mehr in ihr gelebt haben.

ANTONIO LEONHARDT

IMPRESSUM



Herausgeber:

DIE LINKE in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Norman Wolf

Adresse der Redaktion:

Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.linksfraktion-lichtenberg.de

Telefon: (030) 90 296 31 20

Fax: (030) 55 92 307

Redaktionsschluss:

1. Januar 2020

Gestaltung: Uta Tietze

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Rentner zahlen immer mehr Steuern

Rentner, die 2019 in Rente gingen, zahlen fünfmal mehr Steuern als Rentner, die 2010 in Rente gingen. Und das bei gleicher Rentenhöhe, die seitdem real an Kaufkraft verloren hat. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag hervorgeht, wird eine monatliche Bruttorente (minus GKV-Beiträge etc.) von 1500 Euro mit 430 Euro im Jahr besteuert. Selbst bei Bruttorenten von 1200 Euro hält das Finanzamt die Hand auf. Insgesamt zahlen Rentner 35 Milliarden Euro an Einkommensteuern. Zum Vergleich: Die Erbschaftsteuer liegt bei etwa sechs Milliarden Euro.

Angesichts dieser Zahlen ist es kein Wunder, dass laut Umfragen rund drei Viertel der Bevölkerung die Rentenbesteuerung als ungerecht empfinden. Hinzu kommt, dass wir erst am Anfang der Entwicklung stehen. Bis 2040 werden die Renten komplett besteuert, von Jahr zu Jahr steigt die Belastung. Ein sinkendes Rentenniveau trifft auf

eine steigende Steuerlast. So drohen Armut und sozialer Abstieg im Alter zu einem Massenphänomen zu werden.

Wir brauchen eine große Rentenreform, die soziale Sicherheit garantiert. Notwendig ist eine Rentenkasse, in die alle einzahlen: auch Beamte, Selbstständige, Abgeordnete und Minister. Unglaublich, dass Mitglieder der Bundesregierung bereits nach zwei Jahren einen Anspruch auf 4000 Euro Pension haben, ohne Beiträge zu leisten, und ein Durchschnittsverdiener 30 Jahre einzahlen muss, um überhaupt Grundsicherungsniveau zu erreichen. Und es kann nicht sein, dass Rentner sechsmal so viel Steuern zahlen wie Erben. Von 652 Menschen, die 2018 jeweils mehr als 10 Millionen Euro geerbt oder geschenkt bekommen haben, mussten überhaupt nur 283 Steuern zahlen.

Irre! Gerechte Steuerpolitik muss Lebensleistung anerkennen und leistungsloses Vermögen ordentlich besteuern. **JAN MAROSE**



Der Großteil der Bevölkerung empfindet die Rentenbesteuerung als ungerecht.

Solidarisch ins neue Jahrzehnt



Auch an Silvester im Einsatz: Feuerwehr Lichtenberg.

Ein neues Jahrzehnt bricht an und Gesine war wieder im Einsatz, um denjenigen zu danken, die am Silvesterabend arbeiten müssen und für andere Menschen da sind.

Erste Anlaufstelle war das Sana-Klinikum, wo insbesondere die große Belastung zwischen den Feiertagen thematisiert wurde. Haus- und Facharztpraxen haben zwischen den Jahren oft geschlossen und dadurch ist der Andrang in den Rettungsstellen sehr hoch. Eine Krankenschwester der Kinderstation bat darum, eine Elternschulung einzuführen – nach Vorbild der Mütterberatungsstellen in der DDR. Hausärzte könnten das heute einfach nicht mehr mit abdecken.

In der Kontakt- und Beratungsstelle „Blauer Laden“ war, wie in jedem Jahr, sehr gute Stimmung und ein gemütliches Miteinander. Der Laden ist sowohl Weihnachten als auch Silves-

ter Kontakt- und Netzwerkstelle. Hier wird mit der Wahlfamilie gefeiert. An anderen Tagen bietet der „Blaue Laden“ eine kostenlose, anonyme und unverbindliche psychologische Beratung an.

Bei den weiteren Terminen trafen wir die BVG-Leitstelle für Straßenbahnen und Busse. Bis auf kleinere Verzögerungen lief alles nach Plan und auch die Stimmung der Kolleg*innen im Einsatz war sehr gut.

Wie zur Weihnachtstour klagten viele Unternehmen über Personalmangel. Oft fehlt es an Personal, dadurch kann der reibungslose Ablauf im Betrieb nicht gewährleistet werden. Bei Feuerwehr, Straßenbahn, Polizei sind an den Feiertagen viele Kolleg*innen im Einsatz. Wir haben DANKE gesagt und wünschen allen ein paar entspannte Tage im neuen Jahr.

ANIKA TASCHKE

Unverzichtbare frühe Hilfe

Paula ist nun zwei Jahre alt. Als sie geboren wurde, war ihre Mutter fast auf sich allein gestellt. Regelmäßigen Besuch erhielten die beiden nur von einer Gesundheitskrankenpflegerin des Trägers Starke Brücken.

Eltern, die wie bei Paula vor und nach der Geburt Unterstützung benötigen, gibt es viele. In Lichtenberg wächst fast jedes dritte Kind unter acht Jahren in Familien mit Arbeitslosengeld-II-Bezug und 40 % in alleinerziehenden Haushalten auf. Ihnen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Denn Armut bedeutet oft schlechtere Bildungs- und Aufstieg-

schanzen und ein erhöhtes Gesundheitsrisiko.

Die Bundesstiftung Frühe Hilfen finanziert daher eine Vielzahl an frühzeitigen Angeboten, die vom Jugendamt, dem Familienbüro Lichtenberg und freien Trägern organisiert und niedrigschwellig bereitgestellt werden. Nehmen Eltern diese Angebote, wie Babymassagen, Beratungen, Familienhebammen, Patenschafte, Elternkurse oder wirtschaftliche Hilfen in Anspruch, gibt es durchweg positive Rückmeldungen für die unbürokratische Hilfe in dieser sensiblen Phase vor und nach der Geburt.

In Lichtenberg ist so ein Netzwerk von Projekten entstanden, das über die Förderung mit Bundesmitteln hinausgeht. So sind u. a. zwei zusätzliche Hebammen im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Bezirkes tätig, zwei weitere in Flüchtlingsunterkünften und eine Vielzahl an Frühen Hilfen in den rund 20 Familienzentren und -treffs in Lichtenberg.

Selbst mit den vom Bezirk aufgestockten Mitteln kann die große Nachfrage jedoch nicht vollständig befriedigt werden. Daher werden der Bürgermeister und ich auch in Zukunft gemeinsam jede Möglichkeit

nutzen, die Unterstützung für Familien im Bezirk weiter auszubauen.

KATRIN FRAMKE



Wirbelwind sucht Mitspieler

Immer Familienhilfe e.V.

Schenken Sie einem Patenkind Zeit und sich selbst Großeltern Glück.

Geburtstag mit Esther Bejarano



© ANIKA TASCHKE

Antifaschistin Esther Bejarano – mit 95 Jahren immer noch engagiert.

Sie hat Auschwitz, Ravensbrück und den Todesmarsch überlebt. Bis heute kämpft sie mit aller Kraft gegen Nazis in diesem Land und erzählt fast täglich jungen Menschen, was sie erlebte: Esther Bejarano. Sie ist im Dezember 95 Jahre alt geworden und

feierte diesen Geburtstag mit sehr vielen Freund*innen und lauter Musik in Hamburg.

Im Januar gedenken wir zum 75. Mal des Jahrestags der Befreiung von Auschwitz. Esther Bejarano ist nicht in Auschwitz befreit worden, sondern erst viel später auf einem Todesmarsch von Ravensbrück Rich-

tung Westen. Für sie ist der 27. Januar daher kein Befreiungstag. Befreit wurden an diesem Tag nur die „Zurückgelassenen“. Diejenigen, die nicht mehr gesund oder kräftig genug waren lange Märsche oder Transporte zu überleben – man überließ sie daher sich selbst.

Ich traf Esther am Tag nach ihrem

Geburtstag. Dort sagte sie, dass es gut sei, an Auschwitz und die vielen anderen Lager zu erinnern. Aber insbesondere heute und jetzt sei es wichtig darüber nachzudenken, was gerade passiere. Sie ist dankbar für jeden Menschen, der sich aktiv gegen Neo-Faschismus und Nazis auf die Straße stelle. Denn sie hat miterlebt, was passieren kann, wenn Nazis an der Macht sind und Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus die Politik gestalten. Deswegen mahnt sie weiter.

Wir gratulieren nochmal zum 95. Geburtstag. Alles Gute, Esther.

ANIKA TASCHKE

Erste-Hilfe-Wissen auffrischen

Wenn Sie einen Krankenwagen sehen, wissen Sie, da sind Profis unterwegs, um zu helfen. Doch was passiert, wenn Sie Ersthelfer an einer Unfallstelle sind? Wie reagieren Sie in solch einer Situation? Sind Ihnen alle notwendigen Maßnahmen in dem Moment gegenwärtig?

Jährlich sterben 10.000 Menschen in Deutschland, weil die Erste Hilfe fehlt. Nur in 34 Prozent der Notfälle trauen sich Ersthelfer eine Reanimation bis zum Eintreffen des Notarztes zu. Um Ihr Wissen aufzufrischen, bietet Dr. Gesine Löttsch allen Interessierten einen kostenfreien Erste-Hilfe-Kurs an.

■ **Wann?** Am 6. Februar 2020 um 18 Uhr. **Wo?** Im VAV Nachbarschaftszentrum, Ribnitzerstraße 1b, 13051 Berlin
Anmeldungen bitte an: gesine.loetzsch.wk01@bundestag.de



© SEBASTIAN ON UNSPLASH

Gegrillte Würstchen und gute Gespräche

Die Luft war frisch, die Jacken dick, mit Vorfreude, ein wenig Geduld und den Blick aufmerksam auf den Grillrost gerichtet, konnten wir in zwei Adventswochen Lichtenberger Bürgerinnen und Bürgern eine heiße Bratwurst und einen frischgebrühten Kaffee am Linden-Center, mitsamt der druckfrischen Dezemberausgabe der Infolinks anbieten. Den besonderen Dank, den Jung und Alt uns entgegenbrachten, die interessanten Gespräche und die positive Resonanz, waren all der Mühen wert. Reaktionen wie: „Ach, DIE LINKE wieder!“ zeigten, dass wir als kontinuierlich präsente Kraft im Bezirk wahrgenommen werden, was beibehalten und ausgebaut werden sollte.

Doch wo Licht ist, ist auch Schatten. Eine Bürgerin sprach uns an, ob sie auch zwei Würste haben könne. Nichts weiter dabei denkend, gaben wir diese selbstverständlich aus. Sie nahm die Leckerbissen jedoch nicht für jemanden mit, sondern hatte schlicht und einfach Hunger. Neben der Freude dieses Grilltages, erfüllte

uns diese Begegnung mit Demut und hielt uns wieder den Spiegel der sozialen Kälte der neoliberalen Politik dieses Landes vor Augen, bei der unsere geschenkte Bratwurst das warme Mahl am Abend ersetzt.

Unser politischer Auftrag, klar gegen die Kargheit hin zu einem sozialen Miteinander zu gelangen, bestärkt unsere Motivation, weiterzumachen. Wir sind und bleiben da – vor Ort!

TONI KRAUS



© TONI KRAUS

DIE LINKE hatte im Advent vor dem Lindencenter einen Grillstand aufgebaut.

Fahrräder helfen, die US-Blockade zu durchbrechen



Am 12. November 2019 wurde in Berlin wieder ein Container mit 114 Fahrrädern für Kuba von Cuba Sí-Aktivist*innen beladen. Es ist bereits der zweite in diesem Jahr. In den letzten Jahren hat Cuba Sí mehr als 1000 gespendete Fahrräder nach Kuba gebracht. Dies war nur möglich, weil viele Kuba-Freunde z. B. in Dresden, Bad Salzungen, Chemnitz, Erkner, Magdeburg, Schildow bei Berlin diese Aktion tatkräftig unterstützen. Allen Spendern ein sehr herzlicher Dank!

Wir sammeln weiterhin Fahrräder – gut erhaltene, aber auch leicht reparaturbedürftige. Die Räder werden einer technischen Überprüfung von Fachleuten unterzogen, gegebenenfalls repariert und mit unseren Solidaritätscontainern nach Kuba geschickt.

Die Fahrräder erhalten Menschen in den Regionen, in denen Cuba Sí aktiv ist.
JANA GERSTENBERGER
HEINZ SCHNEIDER

- **Kontakt:** Werner Gerathewohl, Telefon: 6 55 84 28
- **Geldspenden** auf das Sonder-spendenkonto beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE / Cuba Sí: Empfänger: DIE LINKE / Cuba Sí, IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10 BIC/SWIFT-Code: BELADEBEXX Verwendungszweck: „Kuba muss überleben“
- **Sachspenden:** Bitte telefonisch 24 00 94 56 oder per E-Mail (berlin@cuba-si.org) abstimmen.



Cuba Sí schickt Container mit 114 gespendeten Fahrrädern nach Kuba.

MIT RAT & TAT

TERMINE

- **Sonntag 12.1., 9 Uhr**
Gedenken Karl und Rosa auf dem Zentralfriedhof
- **Montag 13.1., 16 – 18 Uhr**
Beratung zu Sozial- und Mietrechtsfragen mit Jurist David Fischer, Alfred-Kowalke-Straße 14, Voranmeldung erforderlich: team@hendrikjeklein.de
- **Montag 13.1., 19 Uhr**
Sitzung des BV, GS Alfred-Kowalke-Straße 14
- **Dienstag 14.1., 19 Uhr**
LiA-Treffen (Jugendgruppe), GS Alfred-Kowalke-Straße 14
- **Mittwoch 15.1., 17 Uhr**
„Vor 30 Jahren, Sturm auf die Stasizentrale“, Diskussion mit Akteuren beider Seiten im Bürgerstübchen, Anton-Saefkow-Platz
- **Montag 20.1., 19 Uhr**
Lesung „Emanzipiert und stark: Frauen aus der DDR“ von Dagmar Enkelmann, Anton-Saefkow-Bibliothek, Eintritt 4 €

SPRECHSTUNDEN

- **Hendrikje Klein, MdB, WK 5**
Fon 232 525 60
20.1., 17.30 – 18.30, Bürgersprechstunde, Alfred-Kowalke-Straße 14

VVN-BdA – Rechtliche Spielräume der Berliner Landesregierung

Laut Grundgesetz ist die Finanzverwaltung Ländersache. Das Berliner Finanzamt ist also eine nachgeordnete Behörde der Senatsverwaltung für Finanzen. Der Finanzsenator ist folglich mit einem Weisungsbefehl gegenüber dem Finanzamt ausgestattet. Bei seiner Entscheidung zur VVN-BdA hat sich das Berliner Finanzamt auf § 51 Absatz 3 der Abgabenordnung (AO) bezogen. Hiernach ist einer Organisation die Steuervergünstigung u. a. dann zu entziehen, wenn sie z. B. verfassungswidrige Bestrebungen i. S. d. Bundesverfassungsschutzgesetzes verfolgt.

Insoweit besteht kein Ermessen. Ein Vorliegen derartiger Bestrebungen wird gemäß § 51 Absatz 3 Satz 2 AO u. a. dann widerlegbar vermutet, wenn die Organisation im Verfassungsschutzbericht eines Landes wie z. B. Bayern als extremistische Organisation eingestuft ist. „Widerlegbar vermutet“ bedeutet, dass die Organisation die Möglichkeit hat, gegenüber dem Finanzamt darzulegen und gegebenenfalls zu beweisen, dass sie keine verfassungsschutzrelevanten Bestrebungen verfolgt. Als das Finanzamt Oberhausen Süd (NRW) über den Entzug der Steuervergünstigung der dortigen VVN-BdA zu entscheiden

hatte, kam es zu dem Ergebnis, dass die Vorwürfe des Bayerischen Verfassungsschutzes durch die Vertreter der VVN-BdA ausreichend widerlegt worden seien. Auch in Berlin hatte die VVN-BdA entsprechende Erklärungen gegenüber dem Finanzamt abgegeben.

Die Entscheidung in NRW bestätigt, dass in Bezug auf die VVN-BdA eine andere Entscheidung rechtlich

möglich gewesen wäre. Die Berliner Landesregierung hätte sich darauf verständigen können, dass die Senatsverwaltung für Finanzen das zuständige Finanzamt im Rahmen des eingangs beschriebenen Weisungsrechtes entsprechend anweist der VVN-BdA, die Steuervergünstigung und damit den Status der Gemeinnützigkeit nicht zu entziehen.

PATRICK WAHL



Auf dem Landesparteitag der LINKEN solidarisierten sich die Genossinnen und Genossen mit der VVN-BdA, der die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde.

Ente Gut – Alles Gut

Auf die Frage, wo kann man gut Essen gehen, habe ich seit einigen Jahren eine Antwort: Ich empfehle den „Böhmischen Garten“ in der Dönhoffstr. 35 in Karlshorst. Seit 2006 bewirtschaften Renata und Reinhold Schulze die ehemalige Pizzeria und bieten authentische Hausmannskost aus Böhmen an. 2018 übernahm Tochter Sabina Hudriy und Ehemann Branislav die Gaststätte. Die Familie stammt aus Bratislava und lebt schon lange in Deutschland. Nach Renovierung und behutsamer Erneuerung der Speisekarte kehre ich immer wieder gerne dort ein. Mir gefällt sowohl die freundliche Atmosphäre als auch das gut ausgewählte Speisenangebot. Neben den Klassikern der böhmischen Küche wie Hovadzi Gulasch, Svickova und Prager Schnitzel, gibt es regelmäßig saisonale Angebote, wie Wildgulasch und Entenbraten im Winter, aber auch vegetarische Gerichte wie Gerstenrisotto mit Pilzen, kleine Speisen und Salate. Angenehm ist auch, dass bei vielen Gerichten

kleinere Portionen bestellt werden können. Ich schaffe meist nur die „Seniorenportion“ bei Schnitzel oder Braten. Für die Süßschnäbel ist mit

richtungen und Alkoholgraden (von 17% bis 72%) angeboten.

Da der Gastraum nur 24 Plätze hat – also klein, aber fein ist – sollte man



Die Wirtsleute Sabina und Branislav Hudriy mit einem ihrer Stammgäste.

Palatschinken und Würzschokolade auch gesorgt.

Natürlich darf auch ein leckeres tschechisches Bier nicht fehlen. Als eine besondere Spezialität wird mir Tatratea, ein Schnaps auf Teebasis mit unterschiedlichen Geschmacks-

richtungen reservieren. In der warmen Jahreszeit sitzt es sich auch gut draußen im Biergarten mit Blick auf die Dönhoffstraße. BIRGIT STENZEL

Die Gaststätte hat ab 15.1.2020 Di – Sa ab 17 Uhr und So von 12 – 17 Uhr geöffnet.

Fotorätsel

Welches Stück von Peter Hacks ist auf dem Fries an der Frankfurter Allee /Harnackstraße dargestellt?

Die fünf Gewinner, die von den richtigen Einsendungen gezogen werden, können 2020 an einer Tagesfahrt in den Deutschen Bundestag teilnehmen. Auf dem Programm stehen u. a. ein Gespräch mit Gesine Löttsch, eine Führung durch den Bundestag und der Besuch eines Bundesministeriums.

Einsendeschluss ist der 30. Januar 2020. Bitte die Antworten an gesine.loetzsch@bundestag.de mailen oder per Post schicken: Deutscher Bundestag, Dr. Gesine Löttsch, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Die Lösung des Dezemberrätsels: Ausstellungsobjekt von „Kunst



ist Handwerk-Handwerk ist Kunst“ im Landschaftspark Herzberge (Künstler

unbekannt). Vielen Dank für die vielen richtigen Lösungen.

Die Geschäftsstelle der LINKEN in der Alfred-Kowalke-Straße 14 hat wie folgt geöffnet:

- dienstags 12 -17 Uhr
- mittwochs 13 -17 Uhr
- donnerstags 12 -17 Uhr
- freitags 12 -17 Uhr

Jeden letzten Mittwoch im Monat geschlossen. Vom 21.1. – 14.2. nur Dienstag und Donnerstag geöffnet.

Geschäftsstellenleiter: Hartmut Zick

- **Telefon:** 030/512 20 47
- info@die-linke-lichtenberg.de
- hartmut.zick@dielinke.berlin

„info links“ wird herausgegeben von:

DIE LINKE, Landesverband Berlin

Redaktionsadresse:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE

Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Fon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 516 592 42

Mail: info@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

V.i.S.d.P.: Gesine Löttsch

Redaktionsschluss:

Ausgabe Januar: 1. Januar 2020

Die nächste Ausgabe erscheint am 6. Februar 2020.

Druck:

BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Die „info links“ wird durch Spenden finanziert.

Spendenkonto:

DIE LINKE. LV Berlin / Lichtenberg

IBAN: DE 59 10 0708 4805 2560 7803

BIC: DE UT DE DB 110

Bitte immer Verwendungszweck

angeben:

810-503, info links, Ihr Name, Vorname

KIEZ & FAMILIE & DIALOG

- **Mittwoch, 8.1., 19 Uhr**
Karlshorster im Gespräch: Ein Leben für den Sport, Gabi Löbner, langj. Vors. TSV Karlshorst, Kh. Karlshorst, Treskowallee 112
- **Sonnabend, 11.1., 11 Uhr**
Familiensamstag: „Die drei kleinen Schweinchen und der Wolf“ – Papiertheater für Kinder ab 4, A.-Seghers-Bibl., Prerower Platz 2, Eintritt 1 €, für HOWOGE Mieter*innen frei
- **Sonnabend, 18.1., 10 Uhr**
„Kiezspaziergang in der Stasizentrale“ mit Bezirksbürgermeister Michael Grunst, Ruschestraße 103, Haus 1
- **Montag, 27.1., 18 Uhr**
Lichtaktion „Erinnern für die Zukunft“, 18.30 Uhr: „Denn alles wird gut“, Lieder, Gedichte, Briefe von Else Weber mit dem „Trio Gerade Frauen“, Museum Lichtenberg, Türschmidtstr. 24
- **Dienstag, 28.1., 19 Uhr**
Werksküche im Storkower Bogen, Treff von „Aufstehen Berlin-Lichtenberg“ (lichtenberg-aufstehen@posteo.de), Storkow. Str. 207/103

VORTRAG

- **Montag, 13.1., 18 Uhr**
Expertenrat „Mikrozirkulation – die Bedeutung kleinster Gefäße“, Gabriele Fischer über Physikalische Gefäßtherapie, Anton-Saefkow-Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz 14, Eintritt 2 €

KONZERT

- **Sonntag, 19.1., 11 Uhr**
Musik für Kinder, mit Alfred Mehner von „populare e.V.“, Salon am Fenster, Kh. Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt für Kinder 3 €, eine Begleitperson frei

LITERATUR & LESUNG

- **Sonntag, 12.1., 19 Uhr**
POETRY SLAM - Karlshorster Dichterwettbewerb, Salon am Fenster, Kh. Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt 5 €, erm. 3 €

WANDERUNG

- **Mittwoch, 15.1., 14 Uhr, Sonnabend, 18.1., 14 Uhr**
Winterwanderung in die Umgebung Hohenschönhausens; in den Pausen liest Sabine Engert literarische Kostproben, Anna-Seghers-Bibl., Prerower Platz 2, kostenlos, Spende für den Naturhof willkommen